

KOMMENTAR

Philipp Neumann
zu den SPD-Vorschlägen einer Grundrente



Unseriös finanziert und systemwidrig

Die SPD hat ihre Pläne für die Grundrente aus dem Sack gezogen. Dass dies kurz vor der Europawahl geschieht, ist kein Zufall. Dass die Finanzierung auf tönernen Füßen steht, ist offensichtlich. Aber auch die grundsätzlichen Überlegungen, die hinter dem Konzept stehen, haben es in sich. Mit der Grundrente ist das ehernen Prinzip der Rente in Gefahr, dass Beiträge und Ansprüche im gleichen Verhältnis zueinander stehen.

Zuerst zum Geld: Auf die Einnahmen aus einer noch nicht – und vielleicht nie – existierenden Steuer für Börsengeschäfte zu setzen ist nicht seriös. Und zu glauben, der Koalitionspartner Union würde mal eben die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen erhöhen, ist naiv.

Auch der Griff in die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung schafft kein Vertrauen. Im Falle der Grundrente werden den Krankenkassen und der Bundes-

agentur für Arbeit aber am Ende 2,7 Milliarden Euro fehlen. Das Geld mag jetzt in üppigen Rücklagen vorhanden sein. Werden die Zeiten schlechter, müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber – und im Falle der Krankenkassen: auch Rentner – die Summe irgendwann durch höhere Beiträge nachschießen.

Was die SPD und Arbeitsminister Heil mit der Grundrente planen, ist eine grundlegende Umgestaltung der Rentenversicherung. Bis jetzt ist jeder eingezahlte Euro gleich viel wert. Wer wenig einzahlt, bekommt wenig heraus. Wer viel zahlt, entsprechend mehr. Jetzt sollen Geringverdiener einen Zuschlag bekommen, sodass die von ihnen eingezahlten Euros plötzlich mehr wert wären als die Beiträge von Normal- oder Besserverdienern. Was ist daran gerecht? Diese Grundrente löst keine Probleme. Sie schafft viele neue und bringt das Rentensystem noch weiter aus dem Gleichgewicht.



Heilsbringer

KARIKATUR: TOMCICEK

May stößt mit Brexit-Vorstoß auf Ablehnung

London. Die britische Premierministerin Theresa May beißt auch mit ihrem neuen Vorschlag zur Lösung der Brexit-Blockade auf Granit. Sowohl aus der Opposition als auch aus den Reihen von Mays konservativer Partei kam Widerstand. „Die Premierministerin würde gut daran tun, ihre Niederlage einzugestehen“, sagte Labours Brexit-Sprecher Kier Starmer am Mittwoch. May hatte am Dienstag einen Gesetzentwurf vorgestellt, der engere Handelsbeziehungen zur EU nach dem Austritt vorsieht sowie die Möglichkeit eines weiteren Referendums, diesmal über den ausgehandelten Brexit-Vertrag und nicht wie Mitte 2016 über den Austritt an sich. Mays Vertrag mit der EU wurde vom Parlament dreimal abgelehnt. Einen vierten Anlauf will sie im Juni unternehmen.

KOMMENTAR

Carsten Menzel zur
Energiewende



Die Zeit läuft davon

Auf der einen Seite: ambitionierte Ziele. Nämlich der Ausstieg aus der Atomkraft und das Ende der Kohleverstromung. Auf der anderen Seite: viel, vielleicht viel zu viel Abwarten. Und zu wenig Handeln. Nämlich ein Stromnetzausbau im Schnecken tempo, irre lange Genehmigungsverfahren, wenig Planungssicherheit beim Kraftwerkbau.

Dass Unternehmen mit zunehmender Nervosität auf das Thema Energiewende reagieren, kann daher ebenso wenig verwundern, wie die Tatsache, dass die Nervosität in Südwestfalen, der drittstärksten Industrieregion Deutschlands mit starkem Mittelstand, inzwischen besonders hoch ist.

Die Unternehmen stellen dabei die Ziele, wie den Klima- und Umweltschutz, gar nicht in Frage. Aber sie fragen zu Recht, wie der Ausstieg aus Atom- und Kohlestrom im geplanten Zeitraum bis 2022 bzw. bis 2038 gelingen kann – ohne dass die Versorgung ernsthaft gefährdet ist.

Sicher kann Deutschland Strom aus den europäischen Nachbarländern hinzukaufen: französischen Atomstrom oder polnischen Braunkohlestrom. Klima und Umwelt nutzt das wenig; die eigenen Ziele werden konterkariert. Die Politik in Land und Bund ist gut beraten, Gas zu geben bei der Umsetzung der Energiewende. Die Zeit läuft davon.

PRESSESTIMMEN

„Verständlich, dass im Europawahlkampf die etablierten Parteien jetzt noch stärker auf das Argument „die oder wir“ fokussieren, die EU also als Bollwerk gegen den Rechtspopulismus preisen. Aber das wird vermutlich nicht reichen, um ihn einzudämmen. Dies liegt leider auch an diesem Wahlkampf, der da, wo er sichtbar wurde, von einer Unterforderung zeugte, die für jeden halbwegs intelligenten Menschen an Beleidigung grenzte. Es nützt nicht viel, wenn man für Europa ist, aber nicht ausführt, wie dieses Europa dann aussehen soll.“

„Die Zeit“ zum Europawahlkampf

„Der Brexit entwickelt sich in Großbritannien immer mehr zu einem Trauerspiel – mit der Hauptdarstellerin Theresa May. Immer und immer wieder macht sie neue Vorschläge, um ihren Deal durchzusetzen – und immer wieder rennt sie damit gegen dieselbe Wand. Das Ganze macht deutlich: Mays Rücktritt ist nur noch eine Frage der Zeit. Dass sich innerhalb ihrer konservativen Partei bereits offene mögliche Nachfolger in Stellung bringen, sagt vieles aus. Man kann May nur empfehlen, ihre missliche Lage anzuerkennen und von sich aus mit Würde abzutreten.“

„Nordwest-Zeitung“ zum Brexit

ZITAT DES TAGES



„Sie ist keine Historikerin, sie war 50 Jahre nicht dabei. Sie hat keine Ahnung.“

Peter Kohl, jüngerer Sohn Helmut Kohls, in Köln vor Gericht über Maike Kohl-Richter. Die zweite Frau des verstorbenen Altkanzlers will weitere Textstellen aus dem Buch „Vermächtnis: Die Kohl-Protokolle“ von Heribert Schwan verbieten lassen.

Die Wahl der Superlative

Stimmabgabe in der Südsee, schillernde Kandidaten, unterschiedliche Termine, nicht jede Stimme zählt gleich: Sieben Fakten rund um die EU-Wahl

Von Christian Kerl

Brüssel. Auftakt zur Europawahl: An diesem Donnerstag sind zunächst die Bürger in Großbritannien und den Niederlanden zur Stimmabgabe für das EU-Parlament aufgerufen. Aber warum so früh – wenn wir erst am Sonntag wählen? Die Vielfalt bei den Wahlterminen ist nicht das einzig Ungewöhnliche bei dieser Wahl der Superlative. Sieben Fakten zur EU-Wahl:

Wählen unter Südsee-Palmen

Das südlichste Wahllokal befindet sich auf der Insel La Réunion im Indischen Ozean. Sie gehört zu Frankreich und damit zur EU. Insgesamt 1,5 Millionen Bürger in den französischen Überseegebieten (von der Karibik bis zur Südsee) können drei der 751 Abgeordneten wählen. Beim letzten Mal lag die Wahlbeteiligung nur bei 17 Prozent. Im finnischen Lappland liegen die Wahllokale teilweise Hunderte Kilometer weit vom Wohnort entfernt. Die meisten Bürger dort haben per Briefwahl ihre Stimme abgegeben. Per E-Mail kann man in nur einem EU-Land wählen: in Estland.

Unterschiedliche Wahltage

Bis auf einige wenige EU-Vorgaben (nur eine Stimme, Verhältniswahlrecht) werden die Abgeordneten nach den jeweiligen nationalen Gepflogenheiten gewählt. Das führt zu einer verwirrenden Vielfalt an Wahlterminen: Großbritannien und die Niederlande wählen wie üblich am Donnerstag. Die Iren und Tschechen folgen am Freitag, am Samstag sind Lettland, Malta und die Slowakei dran. Alle anderen wählen am Sonntag, an diesem Tag wird auch überwiegend gezählt. Und die Staaten dürfen ihre Wahlergebnisse erst veröffentlichen, wenn alle Wahllokale in der EU geschlossen sind – also am Sonntag um 23 Uhr, wenn in Italien die Abstimmung endet. Aber ab 18 Uhr am Sonntag gibt es Prognosen für die Länder, die schon gewählt haben.

Flickenteppich beim Wahlrecht

Die nationalen Bestimmungen sorgen für einen Flickenteppich an Vorschriften: In vielen EU-Ländern gelten Sperrklauseln – ein Ergebnis von 5 Prozent brauchen Parteien etwa in Frankreich, Polen oder Ungarn, damit sie Abgeordnete ins Parlament entsenden können. In kleinen Ländern sind so wenige Manda-



Zählen, zählen, zählen: Eine ganze Halle voller Wahlhelfer wertet bei der Europawahl im Jahr 2014 die Stimmzettel in München aus.

FOTO: PA/AP/_TOBIAS HASE

te zu verteilen, dass niedrige einstellige Ergebnisse nicht reichen. Ausnahme: In Deutschland, Großbritannien und Spanien gilt keine Sperrklausel, dort können auch kleine Parteien zum Zug kommen. In fünf Ländern – Belgien, Bulgarien, Luxemburg, Estland, Zypern – gilt Wahlpflicht. Wählen darf man in der Regel ab 18 Jahren, in Österreich und Malta ab 16, in Griechenland liegt die Altersgrenze bei 17.

Viele Parteien drängen nach Brüssel

In Deutschland treten 41 Parteien zur Wahl an – so viele wie noch nie bei einer Europawahl. 1979 bei der ersten Direktwahl des EU-Parlaments waren es neun. Ein Grund: die fehlende Sperrklausel seit 2014. Beim letzten Mal reichten 0,6 Prozent (184.000 Stimmen für die Satirepartei „Die Partei“), um ein Mandat zu erhalten. In der endenden Wahlperiode sind 14 Parteien aus



Heute: Fakten zur Wahl

Deutschland im Parlament vertreten, 232 sind es EU-weit.

Schillernde Kandidaten

Das EU-Parlament lockt auch schillernde Ex-Politiker, Sportler und andere Prominente: In Italien kämpft Ex-Premier Silvio Berlusconi um ein Mandat, auch der Urenkel und die Enkelin des faschistischen Diktators Benito Mussolini, Caio Giulio Cesare Mussolini und Alessandra Mussolini, wollen für rechtsradikale

Parteien ins Parlament. In Rumänien bewirbt sich Tennis-Legende Ilie Nastase. TV-Köchin Sarah Wiener tritt in Österreich für die Grünen an. Und der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis will auf einer europaweiten linken Liste Abgeordneter werden.

Nicht jede Stimme zählt gleich

Eines der zentralen demokratischen Prinzipien, dass jede Wählerstimme gleich viel wert sein muss, gilt bei der Europawahl nicht. In großen Staaten wie Deutschland oder Frankreich entfallen auf ein Mandat viel mehr Bürger als in kleinen Staaten: Jeweils 860.000 Bürger kommen auf einen der 96 deutschen Abgeordneten, 80.000 sind es für einen der sechs Parlamentarier aus Malta. Grund: Jeder der 28-EU-Staaten soll mindestens sechs Abgeordnete stellen, um das nationale politische Spektrum abzubilden. Bei gleichem Stimmengewicht hätte das Parlament so 7563 Abgeordnete. Darum gilt das Prinzip der „degressiven Proportionalität“ – ähnlich wie im Bundesrat. Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, vor allem wegen dieser fehlenden Stimmgleichheit sei das Parlament keine vollwertige Volksvertretung.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung sinkt seit der ersten Direktwahl 1979 (62 Prozent). 2014 lag sie bei 42,6 Prozent, in Deutschland bei 48,1 Prozent.

So hat Europa seit 1979 gewählt. Die interaktive Grafik unter: wp.de/europawahl-2019-ergebnisse

Hälfte der Deutschen hat kaum Vertrauen in EU

Nur wenige Tage vor der Europawahl zeigt eine Studie das mangelnde Vertrauen der Deutschen in die Europäische Union. Die Mehrheit der Befragten blickt mit großer Skepsis nach Brüssel und Straßburg: Mit 47,1 Prozent gab fast die Hälfte der Bürger an, dass sie eher geringes (20,9 Prozent) oder sehr geringes Vertrauen (26,2 Prozent) in die EU habe. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag unserer Redaktion. Sehr

großes Vertrauen haben nur 11,4 Prozent der Befragten. Mehr als ein Viertel der Befragten hat eher großes Vertrauen (27,7 Prozent).

Auffällig ist, dass jüngere positiver eingestellt sind als Ältere. Jeder fünfte Befragte zwischen 18 und 29 Jahren gab an, sehr großes Vertrauen in die EU zu haben (20,2 Prozent). Anhänger der AfD sind am kritischsten: 93,8 Prozent gaben an, nur geringes Vertrauen in die EU zu haben. AC